

Hans Georg Zilian

„Aktivierung und *workfare*“ Arbeitsmarktpolitische Herrschaftsinstrumente in der flexibilisierten Wirtschaft

1. Zur Problemstellung

Im folgenden werden arbeitsmarktpolitische Instrumente erörtert, die unter Verdacht stehen, einen integralen Teil der Verwaltung und Regulierung der Armut darzustellen; „Aktivierung“ und *workfare* werden im vorliegenden Zusammenhang als Maßnahmen aufgefaßt, die einander komplementieren und ihrerseits Entwicklungen der Arbeitswelt ergänzen und verstärken, die zu einem stets zunehmendem Druck in Richtung von mehr Leistung und ganz allgemein von mehr Betriebsamkeit führen. Die hier analysierten „Instrumente“ der Arbeitsmarktpolitik dienen der Unterstützung der Integration von Arbeitskräften in die Arbeitswelt und der Eröffnung von Arbeitsmöglichkeiten vor allem in nicht-marktlich orientierten Segmenten der Ökonomie. Typischerweise sind diese beiden Funktionen in der Praxis vermengt; analytisch können sie jedoch unterschieden werden. *Workfare* etwa beruht vor allem auf der Vorstellung, es wäre sinnvoll, die Gewährung von Unterstützungszahlungen an arbeitsfähige Arbeitslose von der Verrichtung von Arbeit abhängig zu machen. Mit dieser Idee kontrastiert der Vorschlag des voraussetzungslosen Grundeinkommens, der auf erzwungene *Gegenleistungen* der unterstützten Person verzichten möchte; es ist leicht zu sehen, wie eng hier die Kategorien von Zwang und Freiheit einerseits, von Verteilungsprinzipien und Gerechtigkeit andererseits, miteinander verknüpft sind. Arbeitslosigkeit erzeugt eine ökonomische Zwangslage; je niedriger die Unterstützungsleistungen sind, desto eher würde der Betroffene Arbeiten annehmen, an deren Annahme er ohne diese Zwangslage nicht einmal im Traum denken würde. Allerdings sollte man sich die Analyse dieser Instrumente und Strategien nicht zu einfach machen und sich vor reflexhaften Reaktionen auf Tendenzen der Sozialpolitik hüten, die auch von EU und OECD gefördert werden. Man sollte jene empirischen Befunde ernst nehmen, die nahelegen, daß es Arbeitslose nicht selten *vorziehen*, wenn sie gezwungen werden, eine Gegenleistung in Form von Ar-

beit zu erbringen (vgl. Solow 1990: 12ff.). Dies erinnert uns daran, daß auch *workfare* zu jenen schillernden Phänomenen gehört, die nach einer vielschichtigen Analyse verlangen – solche Analysen sind allerdings in einer Zeit, die sich vorwiegend in Sprichwörtern unterhält, sehr selten geworden und überfordern im allgemeinen die Aufmerksamkeitsspanne der Öffentlichkeit. Das soll uns nicht daran hindern, zumindest den Versuch dazu zu unternehmen. *Workfare* und *Aktivierung* stellen ein Maßnahmenpaket dar, das weniger der Theorie, sondern eher der Praxis des Neoliberalismus entspringt, einer Praxis, die gekennzeichnet ist durch eine Vermarktlichung alles vorher Nicht-Marktlichen und ein fanatisiertes Streben nach höheren Unternehmensgewinnen (vgl. Luttwak 1999). Eine wichtige Komponente dieser Entwicklung besteht in der „Transformation von *slack*“.

2. Die Transformation des *slack*

Die hier erörterten Instrumente bilden Teil eines produktivistischen Syndroms, das die wohlhabenden Gesellschaften, die unter den Wettbewerbsdruck der globalisierten Wirtschaft geraten sind, erfaßt hat und sich jedem einzelnen Mitglied dieser Gesellschaften mitzuteilen versucht. Dadurch wurde die früher ziemlich unrealistische Idee einer „erbarmungslos straffen“ Wirtschaft aktualisiert und plausibilisiert. A. O. Hirschman hat den Sachverhalt in folgenden Worten zusammengefaßt:

„Die Gesellschaft als ganze produziert einen hinreichenden und vielleicht sogar ständig steigenden Überschuß, während jedes einzelne Unternehmen isoliert betrachtet gerade noch durchkommt, so daß ein einziger falscher Schritt seinen Untergang bedeutet. Infolgedessen wird jeder ständig dazu veranlaßt, sein Leistungsoptimum zu geben, und die Gesellschaft als ganze operiert an ihrer – ständig expandierenden – 'Produktionsgrenze', wobei ihre wirtschaftlich brauchbaren Kapazitäten zur Gänze ausgelastet sind. Dieses Bild einer unablässig *straffen Wirtschaft* hat in der ökonomischen Analyse einen bevorzugten Platz selbst dann eingenommen, wenn der vollkommene Wettbewerb als rein theoretische Konstruktion ohne großen Realitätsgehalt erkannt wurde.“ (Hirschman 1974: 7f).

Zum produktivistischen Furor gehört, daß Untätigkeit mißbilligt wird, manchmal bis zu einem Ausmaß, wo sinnlose Aktivität dem Nichtstun vorgezogen wird. Wirkliche Untätigkeit ist allerdings ziemlich selten, und das katonische Dahindämmern wird wohl nicht ganz zu unrecht als Teil von psychiatrischen Syndromen gesehen; der Depressive, dem es nicht gelingt, sich des morgens aus dem Bett zu erheben, sieht keinen Anreiz, den Handschuh, den ihm der Tag zugeworfen hat, aufzunehmen. *Slack* im Kontext der Arbeitswelt kann nun darin bestehen, daß bestimmte Verrichtungen in einem Tempo ablaufen, das offensichtlich steigerungsfähig ist; oder darin, daß bestimmte Aktivitäten erfolgen, die mit dem Unternehmensziel sehr wenig zu tun haben, jedoch jederzeit zugunsten der eigentlichen Arbeit aufgegeben werden können – wenn es brennt, dann legen die Feuerwehrleute die Spielkarten beiseite. Man beachte, daß sowohl die *Rast* als auch die *Bereithaltung*

in einer engen Beziehung zu den jeweiligen Arbeitsinhalten stehen. Die beiden Reaktionen, die durch bestehenden *slack* ermöglicht werden, sind Intensivierung und Verlagerung von Aktivitäten; unter „Intensivierung“ fällt auch das Übergehen zu schärferen Praktiken, die man vorher für unter seiner Würde befand, und wir wissen, daß das „Abspecken“ der schlanken Firma bedeutet, daß soziale und kulturelle Aufwendungen gekürzt werden. „Chain-saw“ Al Dunlap setzte hier in den USA Maßstäbe: Er ist Sanierer und entläßt in dieser Rolle Zehntausende von Leuten; betriebliche Aufwendungen für soziale und kulturelle Zwecke wurden von ihm drastisch reduziert, während er selbst anlässlich einer von ihm bewerkstelligten Fusion 100 Millionen Dollar an Gehaltszahlungen, Abfertigungen etc. kassierte (*Newsweek*, 26. Februar, 1996). Sein europäisches Gegenstück war der „Großinquisitor“ Lopez, eine Symbolfigur des Sachverhalts, daß auch in Europa die Unternehmen ein kaum verhülltes Interesse daran haben, *slack* auf alle möglichen Arten zu reduzieren, um ihre Kosten zu senken und wettbewerbsfähig zu bleiben. Jene Großunternehmen, die weltweit entgegen populären Stereotypen noch immer den Ton angeben (Harrison 1994), erreichen die Eliminierung von *slack* und überschüssigem Fett in einem recht einfachen Verfahren – sie zerlegen ihre Belegschaften in einen Kern, der mit maximalen Auszahlungen verwöhnt wird, und in eine Peripherie. Im nächsten Schritt wird der Kern „schlank“ gemacht und zwar bis auf die Knochen.

Labour slack, also die Unterauslastung von Arbeitskraft, ist ein ziemlich diffiziles Konzept. Es geht hier um mehr als um bloße Meßprobleme, obwohl natürlich richtig ist, daß ein in Arbeitsstunden formulierter Indikator in vielerlei Hinsicht aussagekräftiger ist als eine Zählung von Personen.¹ Betrachten wir jedoch den hier skizzierten Transformationsprozeß von *slack*, dann müssen wir weitergehende Erwägungen anstellen: Wenn ganze F&E-Abteilungen in Reaktion auf finanzielle Schwierigkeiten geschlossen werden, dann heißt das natürlich nicht, daß die dort vorher Beschäftigten untätig oder unproduktiv gewesen wären. Solche Reaktionen ähneln ein wenig dem Verheizen der Reling auf einem Dampfer, um noch vor dem Orkan in den rettenden Hafen einlaufen zu können. Die hölzerne Reling war eine Ressource, die für Wichtigeres verwendet werden konnte als dafür, die Passagiere vor dem Sturz ins Meer zu bewahren. „Unwichtig“ wird diese Funktion allerdings nur unter extremen Krisenbedingungen. Die Idee des *slack* sollte daher zeitlich – und insbesondere unter Bezug auf Planungshorizonte – relativiert werden: Was früher integrierender Bestandteil des betrieblichen Alltags war, kann sich rasch in Ballast verwandeln; so sind Unternehmen in den letzten Jahrzehnten davon abgegangen, Produktivitäts- und Profiteinbußen zugunsten behinderter oder älterer Arbeitskräfte hinzu-

1 Zu den Fragen der Messung und Operationalisierung von *labour slack* vergleiche ausführlich Neubourg (1988).

nehmen. Auch ließe sich die Verwendung von schonenden Putzmitteln in der Reinigungsindustrie als „slack“ interpretieren; tatsächlich sind die betreffenden Firmen auch dazu übergegangen, immer aggressivere Chemikalien einzusetzen, mit den vorhersehbaren Konsequenzen für die Belegschaft.

Arbeitslosigkeit – als ein Spezialfall des *slack* – bedeutet nun unter anderem, daß die Unternehmen heute damit befaßt sind, innerbetrieblichen *slack* in gesamtgesellschaftlichen umzuwandeln. Es ist offensichtlich, daß die Strategie der Intensivierung der Arbeitsleistung von einzelnen Arbeitskräften irgendwann einmal an Grenzen stößt. Man vergleiche hier folgende instruktive Schilderung eines Gewerkschafters:

„Es ist ja so, daß der Stundenlohn im Grunde genommen gar nicht so schlecht ist bei den Gebäudereinigern, oft höher als wie im Gastgewerbe, es ist nur so, daß du dort das Phänomen hast, daß dort eine Frau, die eine Tätigkeit früher in acht Stunden gemacht hat, dann kommt die Gebäudereinigungsfirma, macht sie fast die gleiche Tätigkeit in fünf Stunden. Da sagt dann immer die Gebäudereinigungsfirma, wir haben das Know-how, wir können dir das zeigen, wie du das professioneller machen kannst ... und wenn dann Lohnerhöhungen kommen, dann wird die Frau vor die Alternative gestellt, mit viereinhalb Stunden oder mit vier Stunden diese Tätigkeit zu machen. Also wir haben das einmal so formuliert, die Frage ist, wann kann die Frau nicht mehr. Äh, leider sind dann gerade die Frauen in erster Linie jene, die dann halt noch schneller zu putzen anfangen und die Arbeit dann tatsächlich in vier Stunden schaffen, und wir sind dann ... damit konfrontiert, daß der Unternehmer sagt: Was wollen Sie denn, die hat eigentlich früher eine Stunde mehr bezahlt bekommen. Und ich frage nur, wo ist da die Grenze? Das ist wirklich über Jahre zu beobachten, und wir können uns nicht einmal mit Betriebsräten sehr dagegen stellen, weil der Betriebsrat sofort den Druck kriegt, wenn du da Druck machst, gefährdest du den Arbeitsplatz der Mitarbeiterin, weil wenn ich ihr die fünf Stunden zahlen muß, dann muß ich teuer sein, und dann kommt ein billiger Anbieter und dann sind wir erst weg. Also das ist ein Teufelskreis.“²

Im geschilderten Segment können die Unternehmen auf diese Weise Umverteilungsgewinne gegenüber ihren Beschäftigten erzielen; denselben Zweck erreicht in den höheren Schichten der arbeitsweltlichen Statuskonfiguration die Eliminierung des „Überflüssigen“ entweder durch ersatzlose Streichung (wie bei den freiwilligen Sozialleistungen) oder durch die drastische Einschränkung von Aktivitäten wie Forschung oder Weiterbildung, die in der Praxis meist auf zentral finanzierte Institutionen überwältigt werden und sich also als doch nicht so „überflüssig“ herausstellen. Zusätzlich werden natürlich die Schwächeren und Unverlässlicheren unter den Arbeitskräften so weit wie möglich eliminiert – dies wird erleichtert, indem neue Gruppen von Arbeitsmarktteilnehmern angelockt werden. Arbeitslosigkeit nimmt in einem Ausmaß von bis zu einem Drittel die Form der „Flexibilitätsarbeitslosigkeit“ an, wenn Arbeitskräfte in Reaktion auf Unterauslastung entlassen werden, um bei wiederbelebter Nachfrage wieder bei ihrem alten Arbeitgeber beginnen zu können (vgl. Zilian et al. 1999). Die Entstehung von gesamtwirtschaftlichem *slack* als Konsequenz dieser Praktiken könnte durch Saisoniermodelle oder

2 Vgl. Zilian und Verhovsek (1998: 98). Das Zitat stammt aus einer vom IQUA Fohnsdorf in Auftrag gegebenen Studie über *Das Anforderungsprofil von Hilfskräften*, deren Ergebnisse als Forschungsbericht des Büro für Sozialforschung, Graz vorliegen.

auch die Umsetzung des viel belachten Vorschlags, der in den britischen Saloonbars nach der Machtergreifung der Mrs. Thatcher immer wieder zu hören war – „I think the unemployed should be shot“ –, verhindert werden. Da beides nur in Grenzen durchführbar erscheint, müssen andere Strategien einspringen. In Verfolgung der Zielsetzung der Minimierung der Personalkosten gehen die Firmen zusätzlich zu *Outsourcing* und Leiharbeit über. Ganz ähnlich bedeutet Teilzeitarbeit, daß (vor allem weibliche) Arbeitsmarktteilnehmer nur für jene Arbeitsstunden bezahlt werden, die sie tatsächlich erbringen – anstelle vieler kleiner Pausen während der Arbeitszeit gibt es eine große Pause zuhause, die dem Arbeitgeber keine Kosten erzeugt. Die Teilzeitkräfte sitzen dann zuhause und zählen zum gesamtgesellschaftlichen *slack*. Die angeblichen Bedürfnisse „der Wirtschaft“ beginnen nun, das Bildungssystem in unverhüllter Weise zu dominieren, und auch die Studierenden der Orientalistik entpuppen sich für die produktivistische Sichtweise als *slackers*.

Die latente Funktionalität von *slack* wird bei Betrachtung der Universitäten unübersehbar. Nicht nur stellen Studierende eine nützliche Reserve dar, sondern die Arbeitslosigkeit der Absolventen ist auch von spezieller Beschaffenheit. Sie ähnelt der Probier- und Suchphase der Jugendlichen mit einem niedrigeren formalen Bildungsniveau, wobei das größere Humankapital der Studenten und Absolventen in Vereinsgründungen, Zusatzausbildungen und ähnliche Aktivitäten eingebracht wird. Die zur Charakterisierung des Sachverhaltes verwendete Metapher ist meist jene des „Wartesaals“. Meines Erachtens ist jene des Autobahnstaus um einiges erhellender. Der Autobahnstau verursacht individuelle und kollektive Kosten; das hat man am eigenen Leib erfahren, und wenn nicht, kann man es sich zumindest vorstellen – in der Hitze hechelnde Hunde, quengelnde Kinder, gereizte Urlauber. Das Rote Kreuz bringt Getränke vorbei, labt die Kollabierten, und auch das private Unternehmertum findet ein Betätigungsfeld in Form des Verkaufs von Erfrischungen. Worauf es mir vor allem ankommt, ist die *episodische* Natur des Aufenthalts im Stau: Nach der Überwindung des Staus kann man wieder zügig dahin fahren; irgendwann einmal haben *alle* den Flaschenhals passiert. Die Übertragung des Gedankens auf den Arbeitsmarkt dürfte nicht weiter schwer fallen. Im vorliegenden Zusammenhang erscheint vor allem bedeutsam, daß den jungen Privilegierten der Aufenthalt im Stau durch Schulungsmaßnahmen und eine laxere Handhabung der Zumutbarkeitsbestimmungen erleichtert wird, zumindest im Vergleich mit den weniger Privilegierten. Auch darin zeigt sich, daß schichtspezifische Ungleichheiten sich den regulierten Bereichen der Gesellschaft mitteilen. Sozialpolitik ist heute durch ihren weitgehenden Verzicht gekennzeichnet, den durch das Abarbeiten der Mechanismen der Marktwirtschaft entstehenden Ungleichheiten in nennenswerter Weise entgegenzuwirken. Im Gefolge entstehen die auch und vor allem von den Angehörigen der Eliten beklagten Spaltungen unserer Gesellschaft.

3. Arbeitsmenschen und Arbeitstiere

Grob und unhöflich gesprochen, zerfallen heute die Arbeitnehmer in die zwei großen Gruppen der Arbeitsmenschen und der Arbeitstiere. Letztere sind Menschen, die kein besonderes formales Bildungsniveau aufzuweisen und die in der Arbeitswelt vor allem untergeordnete Tätigkeiten zu verrichten haben. Für sie gilt das Tante-Jolesch-Prinzip³ „Alles, was ein Hilfsarbeiter klüger ist als ein Affe, ist ein Luxus“. Überrepräsentiert unter den Arbeitstieren sind Sonderschüler, Ausländer und Vorbestrafte. Ihre Arbeitslosigkeit ist nicht selten kurz, da man die miese Arbeit, die ihnen im allgemeinen angeboten wird, meist recht leicht finden kann, manchmal aber auch lang, wenn sie zum Opfer von Diskriminierung werden, wie dies z.B. bei den Vorbestrafte der Fall ist. Das AMS (das „Arbeitsmarktservice“, wie das frühere „Arbeitsamt“ in Österreich heißt – ein anschaulicher Fall postmoderner Doppeltzungigkeit, da just zu einer Zeit, da die Organisation darauf festgelegt wird, immer mehr Zwang auszuüben, ein neuer Name eine nicht wirklich vorhandene „Dienstleistungsgesinnung“ vorspiegeln soll) geht meist davon aus, daß den Arbeitstieren fast jede Arbeit zumutbar ist. Arbeitsmenschen unterscheiden sich in all diesen Hinsichten von den Arbeitstieren. Arbeitsmenschen haben ein hohes formales Bildungsniveau, sie verrichten qualifizierte Tätigkeiten, für die sie mannigfache (auch soziale) Kompetenzen mitbringen müssen, sie sind anspruchsvoll und auch wählerisch, zumindest verglichen mit den Arbeitstieren. Die Durchschnittsdauer ihrer Betroffenheit von Arbeitslosigkeit steigt dadurch. Vom AMS werden ihnen gerne Kursmaßnahmen zur Umschulung zugewiesen; Vorstellungen über den „standesgemäßen“ Umgang mit Stellensuchenden reduzieren das Ausmaß von Druck, der auf Arbeitsmenschen ausgeübt wird, irgendwelche Stellen anzunehmen. Die Bildungsexplosion der letzten Jahrzehnte hat dafür gesorgt, daß immer mehr Menschen in die Klasse der Arbeitsmenschen aufgestiegen sind; unten, bei den Arbeitstieren, bleiben die Widerspenstigen und jene, die zum Arbeitsmenschen nicht intelligent genug sind. Die wenig Intelligenten sind geradezu prädestiniert für die Verliererrolle in einer Gesellschaft, die Intelligenz bzw. deren Anschein in stets zunehmendem Ausmaß prämiert.

Die einzigen Fälle, in denen auch gegen Arbeitsmenschen Zwang ausgeübt wird, sind jene, wo Arbeitsuchende Stellen annehmen müssen, für die sie massiv überqualifiziert sind. Dieses Schicksal trifft Frauen wesentlich häufiger als Männer, Ausländer häufiger als Inländer, sowie Personen, deren Erwerbsbiographie zum Beispiel durch psychotische Episoden beschädigt wurde. Es ist evident, daß diese Personengruppen das bevorzugte Ziel von Maßnahmen

3 Es ist vielleicht nicht unhöflich, einem deutschen Publikum zu erläutern, daß die Originalfassung des Prinzips (in Friedrich Torbergs „Tante Jolesch“) lautete „Alles, was ein Mann schöner ist als ein Affe, ist ein Luxus“.

der „Aktivierung“ sein müssen. Wir müssen wohl kaum jemanden „aktivieren“, einen attraktiven Arbeitsplatz anzunehmen. Ganz ähnliches gilt für Arbeit, die in Ermangelung von zentraler Intervention „liegenbleiben“ würde. Ein Beispiel solcher Arbeit ist das Sammeln von Bruchholz im Wald; deren Nützlichkeit steht außer Zweifel, doch wird sie von den Waldbesitzern weder selbst noch durch Dritte erledigt.

4. Nützliche Arbeit

Die Waldbesitzer finden niemanden, der bereit wäre, zu den niedrigen Löhnen, die in diesem Wirtschaftssegment geboten werden können, zu arbeiten. Ein Grund dafür liegt darin, daß man in allen anderen Betätigungen *mehr* verdienen könnte. Das Sammeln von Brennholz ist nicht sehr produktiv und mit keiner besonders hohen Wertschöpfung verknüpft. Die Waldbauern hätten daher eine große Freude mit Lohnsubventionen für Forstarbeiter, die den Wald „ausputzen“; die ökologische Bedeutung dieser Arbeit wäre natürlich leicht begründbar. Wenn man bedenkt, daß die Chemie Linz noch bis vor kurzem eine Variante von *agent orange* erzeugt hat, um das Unkraut auf dem Bahnkörper chemisch auszurotten, dann gelangt man ohne große Mühe zu einer gewissen Skepsis gegenüber einer bloß betriebswirtschaftlichen Konzeption der „Wertschöpfung“. In diesem Sinn kann es tatsächlich volkswirtschaftlich rational sein, statt die Erzeugung von aggressiven Giften über „den Markt“ zu fördern, eine arbeitsintensive Methode der Unkrautbeseitigung zu ermutigen. Es ist dies, was mit einer „sanften“ Wirtschaft gemeint sein dürfte. In den osteuropäischen Staaten konnte man vor der Reform noch Jätpartien beobachten, die mit dieser Form der Landschaftspflege befaßt waren. In einer Planwirtschaft sind jene Effizienz kalküle, aufgrund derer Arbeit „liegenbleibt“, natürlich von geringerer Bedeutung als in der kapitalistischen Marktwirtschaft. Es ist dies der wichtigste Grund dafür, daß in den Gesellschaften des „realen Sozialismus“ die Arbeitslosigkeit lange Zeit hindurch unbekannt war. Wie im Westen bestand auch dort eine Verpflichtung zur Arbeit, doch erleichterte es die höhere Toleranz gegenüber *slack*, dieser Verpflichtung nachzukommen: Man vergleiche hierzu Zsuzsa Ferge:

„It is a basic norm in all socialist countries that all those who are of working age and able to work should avail themselves of the right to work. The state guarantees the opportunity to work and the stability of employment, and it is the duty of the individual to utilize the opportunity.“ (Ferge 1979: 88f.)

Zur Arbeit war man im Sozialismus nicht nur verpflichtet, man war dazu auch berechtigt. Diese Berechtigung erzeugte eine Verpflichtung des Staates, arbeitsfähigen Menschen die Möglichkeit zur Arbeit zu verschaffen. Die kapitalistische Marktwirtschaft kennt keine derartige Verpflichtung, wohl aber eine Pflicht der Individuen, sich der Gesellschaft durch Arbeit nützlich zu erweisen. Arbeitslo-

sigkeit wurde dabei meist als Form der Lasterhaftigkeit konzipiert, weshalb die „Arbeitshäuser“ häufig von Strafanstalten praktisch ununterscheidbar waren. Noch in der Zwischenkriegszeit gab es in Großbritannien *Arbeitslager*, in denen Arbeitslose angehalten wurden; deren Attraktivität läßt sich daran ermessen, daß sich bei Ausbruch des Zweiten Weltkrieges ein Großteil der Insassen freiwillig zum Militär meldete (Finn 1987: 23 und 204). Während die Arbeitshäuser ihre disziplinierende Funktion eventuell so recht und schlecht erfüllten, erwies es sich in der Praxis oft als fast unmöglich, den Arbeitslosen eine Arbeit zu verschaffen, die einen wirtschaftlichen Nutzen stiftete, *ohne* dabei gleichzeitig mit der offiziellen Ökonomie in Konkurrenz zu geraten (Keyssar 1986: 255). Die der Erzeugung von Fleckerlteppichen durch jene, die z.B. für das Zertrümmern von Steinen zu schwach waren, zugrundeliegende Logik wurde von einem Mitglied des Bostoner *Citizens' Relief Committee* wie folgt beschrieben:

„We had to employ them in some work that was from an economical sense useless. We could not employ them in making things that would interfere with other people, and that is why we adopted the absurd alternative in one respect of making rag carpets because nobody wants rag carpets and therefore we could make them without interfering with anybody's industry.“ (Ebd.)

Wir wissen, daß sich die diversen Beschäftigungsinitiativen noch heute mit den Widerständen „der Wirtschaft“ herumschlagen müssen. Aus der Perspektive der Bundeswirtschaftskammer sollte „nicht-marktfähige Arbeit“ nie zur Konkurrenz der anerkannten Gewerbetreibenden werden, also für immer „nicht-marktfähig“ bleiben.

Es kann daher keine Überraschung darstellen, daß empirisch realisierte Beispiele für die in diesem Zusammenhang interessierenden Aktionen aus dem geschützten Bereich stammen. So etwa verleiht der Landeshauptmannstellvertreter der Steiermark der Hoffnung Ausdruck, nicht-marktfähige Arbeit könne sich dereinst in marktfähige verwandeln – wie wir gesehen haben, eine wohl zu optimistische Sicht der Dinge –, und erläutert weiter:

„Dadurch können die Zeiten der Arbeitslosigkeit von den Betroffenen aktiv genutzt und die Chancen auf einen Wiedereinstieg erhöht, sowie gleichzeitig neue Dienstleistungen erbracht werden, die sonst unfinanzierbar wären. Insbesondere in den Bereichen Umwelt, Kultur und Soziales liegt ein enormes Potential an oft noch nicht marktfähiger Arbeit, das es zu aktivieren gilt. Ein solches Beispiel, auf das ich als Kulturreferent der Steiermärkischen Landesregierung besonders stolz bin, ist ein Projekt im Steirischen Landesarchiv. Hier ist es dank der Zusammenarbeit des Landes mit dem Arbeitsmarktservice und dem Bundessozialamt gelungen, im ersten Projektjahr 12 Personen eine Beschäftigung zu bieten, die es den Teilnehmern ermöglichen soll, sich wieder an regelmäßiges und selbständiges Arbeiten zu gewöhnen. Begleitend dazu werden Schulungen und Qualifizierungsmaßnahmen angeboten, die eine Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ermöglichen sollen. Ich hoffe, daß es uns bis Projektende gelingen wird, 40 bis 50 Personen eine neue Chance auf dem Arbeitsmarkt zu bieten. Soviel zum arbeitsmarktpolitischen Nutzen. Daneben, und nun komme ich zum zweiten Aspekt, können durch das Projekt dringend nötige Arbeiten im Landesarchiv geleistet werden. In der ersten Phase soll ein Teil der mehr als 23.000 alten Handschriften restauriert und neu gebunden werden. Um den gesamten Bestand des Landesarchivs zu restaurieren, wären mehr als 150 Personen nötig, von weiteren dringend notwendigen Maßnahmen in anderen Bereichen der Pflege von Kulturgütern gar nicht zu reden.“ (Schachner-Blazizek 1999: 11f.).

Das Beispiel, so Schachner-Blazizek, zeige „sehr gut, welches Beschäftigungspotential derzeit noch brachliegt und nicht genutzt wird“ (Schachner-Blazizek 1999: 12). Man sollte sich davor hüten, auf derartige Vorschläge in reflexhafter Weise zu reagieren, vor allem da aus Schachners Ausführungen hervorgeht, daß seitens der Landesregierung sowohl der Wille als auch die Fähigkeit besteht, durch derartige Aktionen, darunter auch die Gründung einer „Steirischen Projektträgergesellschaft“, „die Projekte im Wissenschafts-, Umwelt- und Kulturbereich abwickelt“ (ebd.), Arbeitsplätze zu schaffen.

Daß sich die Gesellschaft die Arbeit im Landesarchiv etwas kosten läßt, geht unter anderem aus dem Gehaltsschema der dort Beschäftigten hervor. Würde die Arbeit im Landesarchiv für *sehr* nützlich erachtet – wie jene der Polizei –, dann könnte man dort ja auch neue Dienstposten schaffen. Das geschieht allerdings nicht, so daß wir heute mit der faszinierenden Koinzidenz der Aufnahmesperre im öffentlichen Dienst und von *workfare* für Arbeitslose konfrontiert sind. Diese Lösung ist für den Arbeitgeber Staat und für die bereits im öffentlichen Dienst Beschäftigten natürlich günstiger; nicht sehr günstig ist sie für die Arbeitslosen, die aufgefordert werden, es etwas billiger zu geben als jene, die sich bereits unter den Rockschoßen der Alma Mater oder des Landesarchivs verkrochen haben. Die mit nicht-marktfähiger Arbeit befaßten Arbeitslosen sehen sich nun mit Eingesessenen konfrontiert, die der Arbeit allein offensichtlich nicht gewachsen waren, und denen sie zur Hand gehen sollen, *ohne* über deren Privilegien zu verfügen. Für die zur gemeinnützigen Arbeit Motivierten gilt, daß sie Berechtigungen und Belastungen, die mit Arbeit verknüpft sind, in einem anderen Mischungsverhältnis bekommen als jene, die zuerst kamen; über die im Einzelfall mit der gemeinsamen Arbeit verknüpften Auszahlungen entscheidet der historische Zufall – wer zuerst kam, der mahlt nun; dies kann nur gewaltige Ressentiments erzeugen, die je nach Sachlage und unter Einsatz größerer Ressourcen von Sozialtechnik bearbeitet werden müssen. Man kann sich derartige Arbeit nun bestenfalls als eine Art Schleuse vorstellen, wobei man im allgemeinen auf die beleidigende Idee, Arbeitslose müßten sich „an regelmäßiges und selbständiges Arbeiten gewöhnen“, verzichten können sollte, als eine Art Initiationsperiode, – allerdings wird diese Funktion hinfällig, wenn es *danach* auch keine Arbeitsplätze gibt. Hinzu tritt, daß das Qualifikationsniveau derartiger „gemeinnütziger“ Arbeit nicht sehr hoch sein kann, sonst wären die Voraussetzungen der unproblematischen Einsetzbarkeit der Arbeitslosen für derartige Programme nicht gegeben.

Damit wird deutlich, daß auch derartige Aktionen nur die schwächeren Arbeitsmarktteilnehmer als Zielgruppe haben können. Die bei Maßnahmen wie der skizzierten entstehende Konstellation ist verwandt jener, die man sehr häufig im Sozialbereich findet, wo professionelle und freiwillige Helfer und Zivildienstler zusammenkommen; auch diese enthält ein reichhaltiges Konflikt-

potential, das durch die Entstehung einer durch *workfare* aktivierten Unterklasse von öffentlichen Bediensteten nur verschärft werden kann. Die Resultate können verschiedene Formen annehmen: Eine davon wäre ein Gefühl der Kränkung, das entsteht, wenn man sich mit den Glücklicheren, die reguläre Arbeitsplätze innehaben, vergleicht; oder die Arbeit degeneriert zur Pseudo-Arbeit, die nirgendwo hinzuführen scheint und ähnlich sinnlos wirkt, wie das Verfertigen von Fleckerlteppichen, die niemand haben möchte. Wichtig jedoch als diese Reibungsflächen des alltäglichen Ablaufs in derartigen Kontexten sind die allgemeinen politischen Konsequenzen dieser arbeitsmarktpolitischen Rezepte: Sie nehmen die sich immer stärker abzeichnenden gesellschaftlichen Spaltungen passiv hin, so sie diese nicht überhaupt verstärken. Maastricht hat bedeutet, daß nun der Staat hinter dem Markt nicht mehr zurückstehen möchte; er sieht es als seine Aufgabe an, den von den Unternehmen erzeugten gesamtgesellschaftlichen *slack* zu reduzieren, indem er Zwang gegen jene ausübt, gegen die dieser immer schon ausgeübt wurde. Die Transformation von betrieblichem *slack* in gesamtgesellschaftlichen *slack* entließ einen Teil der Gesellschaftsmitglieder aus der Obhut der Betriebe; die neugewonnene Freiheit währte nur kurz, und heute werden die Arbeitslosen in Stiftungen und *workfare*-artigen Maßnahmen wieder eingefangen.

5. „Zwang“ – ein konzeptuelles Chamäleon

Unterstützungsmaßnahmen für Arbeitslose, so Piven und Cloward, hätten in den USA stets den Zweck gehabt, „Arbeit, vor allem Niedriglohn-Arbeit, zu erzwingen“ (Piven/Cloward 1977: 191). „Die Fürsorgepolitik“, so heißt es in ihrer klassischen Studie, würde „von Tag zu Tag in Anpassung an den örtlichen Arbeitskräftebedarf verändert“ (ebd.). Auf Europa, wo alles noch immer ein wenig langsamer geht als in den USA, trifft diese Behauptung in dieser Schärfe sicherlich nicht zu; gravierender ist allerdings der Einwand, daß es rational (wenn nicht gar moralisch gerechtfertigt) ist, finanzielle Unterstützungen an Arbeitslose vor allem *bei nicht vorhandener Nachfrage nach Arbeitskraft* zu leisten, und diese Zahlungen bei gestiegener Nachfrage zu senken bzw. einzustellen, um die Arbeitsaufnahme nicht in einer allzu großen Anzahl von Fällen zu entmutigen. Umgekehrt wird sehr häufig argumentiert, durch das Unterstützungssystem des Wohlfahrtsstaates oder gar durch das Grundeinkommen würden Frauen aus der Arbeitswelt „abgedrängt“, wäre also ihre Entscheidungsfreiheit beeinträchtigt. Was fast allen derartigen Argumentationen gemeinsam ist, ist ein unbefangenes Hantieren mit den Ideen des „Zwanges“, der „Macht“ und der „Freiheit“; wie wir sehen werden, liefert gerade diese Unbefangenheit die Basis der Ideologisierung sozialpolitischer Fragestellungen.

Gelegentlich kann es legitim sein, sich mit der Intuition zufriedenzugeben. Der Raubüberfall – „Geld oder Leben“ – ist ein Paradigma der Ausübung von Zwang; würde *das* nicht zugestanden, dann wüßten wir nicht, wo wir mit

unserer Analyse des Zwanges überhaupt beginnen sollten. Ganz ähnlich wäre es absurd, die Situation der Marathontänzer der 30er-Jahre nicht als eine Zwangslage aufzufassen. Wenn wir uns allerdings von diesen paradigmatischen Fällen fortbewegen, dann kommen wir sehr rasch in Schwierigkeiten. Hayek etwa wollte nicht von Zwang sprechen, wenn jemand durch die Drohung des Verhungerns genötigt war, einen schlecht bezahlten und sehr unattraktiven Job anzunehmen (Hayek 1960: 137). Andere Autoren haben argumentiert, daß auch Belohnungen die belohnte Person zu bestimmten Handlungen oder Unterlassungen „zwingen“; solche Gedanken finden wir nicht bei irgendwelchen Phantasten, sondern bei Philosophen wie Abraham Kaplan und weltberühmten Politikwissenschaftlern wie Harold Lasswell und Robert Dahl (vgl. Nozick 1969: 447 und 468). Dies sind massive Hinweise auf die schiere *Undurchsichtigkeit* unserer Fragestellung. Die Wurzel der Schwierigkeit liegt darin, daß man zwar „Zwang“ relativ zur Distinktion zwischen „Drohungen“ und „Angeboten“ explizieren kann, wie Nozick dies tut, daß jedoch zwischen „Drohungen“ und „Angeboten“ nicht immer so ohne weiteres unterschieden werden kann. Nozick selbst liefert eine reiche Fülle von Beispielen, die den Sachverhalt belegen.

Die Tatsache, so Nozick, bleibt allerdings bestehen, daß wir uns Drohungen *fügen*, während wir Angebote *annehmen* (Nozick 1969: 459); unbestreitbar scheint auch, daß es rationale Akteure vorziehen, wenn sie anstelle von Drohungen mit Angeboten konfrontiert sind (Nozick 1969: 461). Auch diesmal allerdings kündigt eine Drohung eine *Verschlechterung* der Situation des Interaktionspartners an, ein Angebot eine *Verbesserung*; dies bedeutet, daß die Präferenzen der Person, die eine Drohung oder ein Angebot erhält, wieder ihre Geltungsansprüche anmelden und umschreiben, was unter welchen Umständen als „Zwang“ zu gelten hat. Nur wenige Frauen würden ohne ökonomischen oder sonstigen Zwang als Prostituierte arbeiten; ist eine Frau jedoch einmal in dieser sozialen Rolle, dann wird sie es dem Stehen am Straßenrand vorziehen, wenn sich ein Freier einstellt und ihr das *Angebot* einer geschäftlichen Transaktion macht. Dies heißt, daß wir die Frage, ob wir in einer Situation mit „Zwang“ oder „Freiwilligkeit“ konfrontiert sind, stets auf die Umstände des Falles relativieren müssen; zu diesen Umständen gehören auch die Vorstellungen darüber, welche Tätigkeiten einem Menschen „zumutbar“ sind und welche nicht. Ein ausbeuterisches (oder degradierendes) Angebot bleibt jedenfalls ein Angebot (vgl. Taylor 1982: 18). Zwang und Ausbeutung sind nicht dasselbe. Statt den vorliegenden kurzen Aufsatz mit der Aufgabe zu befrachten, sich mit Theorien der Ausbeutung auseinanderzusetzen, sei hier lediglich folgender knapper (und wieder zu dogmatischer) Ausweg aus dem analytischen Dilemma vorgeschlagen: „Zwang“ und „Freiwilligkeit“ sollten als *graduelle* Begriffe aufgefaßt werden (so auch Nozick 1969: 464 und van Parijs 1995: 23).

Bei der Bewertung von Institutionen als „Zwangsmaßnahmen“ oder ähnliches sollte eine *vergleichende* Perspektive eingenommen werden, die es uns gestattet, eine Zunahme oder ein Abnehmen von Zwängen relativ zu einem Status quo zu diagnostizieren. Offenkundig würde die Abschaffung der Arbeitslosenunterstützung die Entscheidungsspielräume der Arbeitslosen und der meisten Arbeitsbesitzer drastisch einschränken und auf eine Verschärfung von Zwängen hinauslaufen.

Meine bisherigen Ausführungen sollten einen Beitrag zum Verständnis der Frage leisten, warum wir in konkreten Situationen oft nicht wissen, was wir sagen sollen – sind asiatische Kinder *gezwungen*, Fußbälle zu nähen, oder wurde ihnen dazu von Kapitalisten die *Gelegenheit* geboten? Solche Fragen lassen sich beliebig vermehren, und es ist ein Zeichen ideologischer Einfalt, wenn man glaubt, daß sie immer nur *ein und dieselbe* Antwort haben. Wo die Apologeten der Marktwirtschaft in einem fort nur Angebote und Gelegenheiten erkennen können, dort sehen ihre Kritiker nichts als Zwänge.

6. Arbeitsmarktinstrumente – Werkzeuge des Zwanges?

„Aktivierung“ zielt darauf ab, die Arbeitslosen in einen marktlichen Austausch hineinzudrängen bzw. sie dazu zu ermutigen; sie sollen auf dem Markt für meist inferiore Jobs ihre Arbeitsleistung gegen einen kargen Lohn tauschen. Aktivierung ist eine geeignete Strategie gegenüber *durchschnittlich leistungsfähigen* Arbeitslosen, typischerweise Outsidern des Arbeitsmarktes – ihre Betroffenheitsspannen werden dadurch verkürzt; es ergibt sich so eine Reduktion der Anzahl der Gesamtstunden, die in der Arbeitslosigkeit verbracht werden, ein Effekt, der der Allgemeinheit – oder besser, den Arbeitsbesitzern – zugutekommt.

Gegenüber den *unterdurchschnittlich leistungsfähigen* Arbeitslosen kann Aktivierung nicht greifen – diese sind in der modernen Arbeitswelt unerwünscht und müssen daher eine lange und häufig unangenehme Zeit in ihrer Version des Arbeitsmarktstatus verbringen. Aktivierung stößt an die Grenzen, die von sozialen Normen und von der Tatsache, daß der Aufenthalt in einer Reserve nicht beliebig verkürzt werden kann, gezogen werden. An dieser Stelle springt nun *workfare* ein und richtet sich an jene, die nicht oder nur mehr unter großem Aufwand aktiviert werden können. *Workfare* führt nun die nicht-marktfähige Arbeit und die nicht-marktfähige Arbeitskraft (die „Unbeschäftigbaren“ der Neoliberalen) zusammen. Dieses Einspringen erfolgt zweckmäßigerweise, wenn die Schraube aus sinkenden Löhnen und Aktivierungsmaßnahmen nicht mehr fester angezogen werden kann.

Die durch ein Überangebot von Arbeitskraft bewirkte Senkung der Löhne hat zur Folge, daß die Arbeitslosen ihre Entscheidungen auf einem stetig sinkenden Nutzenniveau treffen müssen. Sie sind mit sich unablässig verschärfenden Zwängen konfrontiert, zumal die Unterstützungszahlungen bei verfal-

lender Qualität der Arbeitsplätze sehr bald als „zu hoch“ erscheinen. Zusätzlich werden Aktivitäten, die bei einem höheren Lohnniveau nicht marktfähig waren, nun marktfähig. Die Waldbesitzer finden dann ihre Arbeitskräfte, ganz wie die Arbeitsbesitzer ihre Domestiken und ihr Pflegepersonal.

Jene Aktivierung und Intensivierung, die mit der Transformation von betrieblichem *slack* in gesamtwirtschaftlichen *slack* verknüpft ist, belastet vor allem die Arbeitstiere. Man kann dies als Konsequenz einer verfehlten Industriepolitik auffassen. Joshua Cohen und Joel Rogers unterscheiden bei den Reaktionen auf den gesteigerten Konkurrenzdruck zwischen „high road“ und „low road“-Strategien; das Problem liegt ihrer Auffassung nach darin, daß die Verfolgung der ersteren allzusehr erschwert wurde, während es stets leicht war, Standards abzusenken und Sicherheiten zu unterminieren:

„... we have made 'low-road' strategies of response to new competitive pressures too easy and 'high-road' strategies too hard. Low-road firms compete chiefly by keeping prices down, which means keeping costs down - beginning, typically, with wages. Applied across the economy, low-road strategies lead to sweated workers, economic insecurity, rising inequality, poisonous labor relations, and degraded natural environments. Without neglecting price concerns, high-road firms compete more on product or service quality (with higher wages supported by customer willingness to pay for higher quality), require continual innovation in quality, and thus depend on more skilled and cooperative workers. Generalized, high-road strategies are associated with higher productivity, higher pay and better labor relations, reduced environmental damage, and greater firm commitment to the health and stability of surrounding human communities (needed to attract and keep skilled workers and managers). Firms can make plenty of money on either path, but social gains are vastly greater on the high road.“ (Cohen/Rogers 1998: 189).

Die Autoren sind sich der Tatsache bewußt, daß ihre allgemeine These auf die USA wesentlich eher zutrifft als auf die korporatistischen Wirtschaftssysteme Europas. Angesichts unserer bisherigen Ausführungen ließe sich hier ergänzen, daß auch in Europa ein Trend sichtbar ist, demzufolge am unteren Ende des Statusgebildes „low road“-Modelle vorherrschen, während am oberen Ende die „high road“-Strategie dominiert. Wie hätte es auch anders kommen können? In den Putzkolonnen ist nur geringer Widerstand gegen die unablässige Intensivierung des Arbeitstempos und die Verwendung immer schärferer Chemikalien zu erwarten; der Ertrag von Arbeitstieren kann am besten erhöht werden, indem man aus ihnen noch die letzten Reste von Leistung herausquetscht. Diese Vorgangsweise müßte im Produktionssektor erfolglos bleiben – es wäre aussichtslos, die Nähmaschinen in den oststeirischen Textilfabriken schneller surren zu lassen, um in der Konkurrenz gegen ostasiatische Bewerber zu bestehen. Bei Dienstleistungen im unteren Qualifikationsbereich gibt es allerdings nur die Preiskonkurrenz auf der Grundlage von Lohnsenkungen und Produktivitätssteigerungen. Es entsteht dann genau die Arbeitshölle, die von Cohen und Rogers beschrieben wird, *jedoch nur für die Arbeitstiere*. Die Arbeitsmenschen verstehen es weiterhin, es sich wesentlich gemüthlicher zu machen, obwohl auch hier das Ende der Gemüthlichkeit droht. In einer totalisierten Arbeitswelt verschärfen und vervielfältigen sich

die Zwänge, denen auch die Arbeitsmenschen unterworfen sind; war es einst der Körper der manuellen Arbeiter, der – angeleitet von der „Wissenschaft“ – diszipliniert und reglementiert wurde, so ist es heute das Handeln und Sprechen und Aussehen der *symbolic analysts* und anderer Angehöriger der Eliten der Arbeitswelt, die bis ins kleinste Detail und unter Androhung der ökonomischen Vernichtung reglementiert werden; wiederum unter Anleitung therapeutisch inspirierter Wissenschaften, als *Taylorismus der Seele* (siehe Zilian 2000).

Gemeinnützige Arbeit senkt die Belastung der Allgemeinheit, die ja per Annahme eine Gegenleistung für ihr Geld bekommt, solange keine Fleckerlteppiche verfertigt werden. Wo der Markt bei der Bereitstellung von Arbeitsplätzen versagt, dort springt nun die öffentliche Hand ein. Man möchte die Trittbrettfahrer ausschalten und sich das Gefühl vom Hals schaffen, daß man ein *sucker* ist. *Workfare* kommt – wie Aktivierung – den Insidern und Arbeitsplatzbesitzern zugute; entweder direkt, wenn diese Putzfrauen und Stallburschen finden, die in einer egalitären Gesellschaft fehlen, oder indirekt aufgrund von Re-Umverteilung. Diese Konsequenzen müssen sich in einer Klassengesellschaft bzw. einer Gesellschaft, die an die sozialen Grenzen des Wachstums gestoßen ist, zwangsläufig einstellen. Eine solche anti-egalitäre Politik wird von den „blinden Eliten“ (Lasch 1995) getragen und propagiert, die sich ansonsten ja hochmoralisch geben. Damit stehen sie in der stolzen Tradition der Spießbürger von einst, die sich in ihrer Selbstgerechtigkeit durch nichts und niemanden beirren lassen wollten. Die Outsider ziehen im Verteilungskampf gegen die Insider in mehrfacher Hinsicht den kürzeren: Sie dienen als Sündenböcke in den moralischen Lehrstücken, durch die eine Gesellschaft ihre zentralen Werte behauptet; dabei müssen sie manchmal Arbeit verrichten, aus der niemand einen ökonomischen Nutzen ziehen kann; sie werden in Berufsrollen gedrängt (Putzfrau, Masseur etc.), in denen sie sich den Insidern nützlich machen können; sie besetzen jene Arbeitsplätze, die die Angehörigen der Eliten *für sich selbst* als unzumutbar empfinden; bei *workfare* und Aktivierung kann die Umverteilung zu ihren Gunsten minimiert werden, da ja Reduktion von gesamtwirtschaftlichem *slack* der Allgemeinheit zugutekommt (bzw. zugutekommen sollte). Die Unternehmer empfinden all diese Funktionen als nützlich – an ihrer Seite kämpfen die gut verdienenden Eliten, zu denen auch die vielen Profiteure aus dem Sozialbereich gehören (vgl. hierzu Gans 1992).

7. Zwang oder Hilfe?

In jenem Prozeß, in dem staatliche Institutionen dem Markt zur Seite springen, wenn es um die Ausübung von Zwang gegen die Verlierer der Konkurrenzgesellschaft geht, spielen „helfende“ Organisationen eine wichtige Rolle. Das voraussetzungslose Grundeinkommen würde vielen von diesen die Existenzberechtigung nehmen, was bei der Einschätzung der politischen Durch-

setzungschancen des Grundeinkommens nicht übersehen werden sollte. Allerdings sollte man sich in diesem Zusammenhang vor Zynismus hüten: In sehr vielen Fällen spielen die diversen Beschäftigungsprogramme und die anderen helfenden Einrichtungen eine unverzichtbare Rolle; wie erläutert, ist die Frage „Zwang oder Unterstützung?“ oder auch „Drohung oder Angebot?“ kaum jemals eindeutig oder gar kontextunabhängig entscheidbar. Freilich stellt die Tatsache, daß derartige Organisationen begonnen haben, Indikatoren zu produzieren, einen wichtigen Hinweis auf den Zwangscharakter des Gesamtsystems dar, doch kann kaum geleugnet werden, daß in vielen Fällen die Interessen der Klientel und des Betreuungspersonals zusammenfallen können.

Vor allem die Schwächsten unter jenen, die sich eine Nische in der offiziellen Arbeitswelt erobern wollen, brauchen alle Hilfe, die sie bekommen können. Die Institutionen, die sich dieser Integrationsaufgabe widmen, sind Legion, wie auch die zugehörigen Untersuchungen und Evaluierungen. Die am schwersten Diskriminierten brauchen derartige Maßnahmen, da sie ohne sie fast gänzlich chancenlos sind. Ein Beispiel dafür wäre die „Werkstatt 90“ in Bremen zur verbesserten individuellen Förderung der beruflichen Fortbildung und Reintegration insbesondere von ungelernten und dequalifizierten Langzeitarbeitslosen (Scharf et al. 1995). Die Maßnahme vermittelte nicht nur berufliche Basisqualifikationen, sondern versuchte auch, einen Beitrag zur psychosozialen Stabilisierung der Teilnehmer zu leisten. Eine umfangreiche Sozialbetreuung war daher ein fixer Bestandteil des Programms; zusätzlich gehörten dreimonatige externe Betriebspraktika zur Maßnahme. Praktikumsvereinbarungen wurden nur mit Betrieben abgeschlossen, „die eine spätere Übernahme des Praktikanten in ein festes Beschäftigungsverhältnis in Aussicht stellten“. Bei der Evaluierung der Maßnahme wurde eine Wiederbeschäftigungsquote von 26% der Teilnehmer ermittelt. Auch den „Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung“ der deutschen Arbeitsmarktverwaltung gelang es lediglich, 22% der schlecht qualifizierten Langzeitarbeitslosen, denen die Maßnahme gewidmet war, auf dem freien Arbeitsmarkt unterzubringen (Spitznagel 1989).

Zwischen derartigen, schlimmstenfalls auf einer Mischung von Angeboten und Drohungen basierenden Maßnahmen einerseits, *workfare* andererseits, sollte unbedingt unterschieden werden. Es gehört zur Konzeption von *workfare*, daß sie in großem Maßstab das leisten soll, was Beschäftigungsgesellschaften und sozioökonomische Betriebe immer schon zu leisten versucht haben. Solche Integrationsbemühungen sind allerdings äußerst *betreuungsintensiv*; wenn hingegen Integration und Aktivierung in einer Sparvariante erfolgen sollen, dann kann das wohl nur auf einfache Integrationsmethoden (vor allem wohl auf die Ausübung von Druck) hinauslaufen. Ob der Übertritt in die offizielle Arbeitswelt mit oder ohne Einverständnis der betreuten Personen erfolgt, macht den entscheidenden Unterschied aus; je intensiver die Betreuung, desto bessere Möglichkeiten bieten sich herauszufinden, was die betreute Person wirklich

will und was ihr (und nicht dem Betreuungspersonal) wirklich nützt; desto besser sind allerdings auch die Möglichkeiten, auf die Bewußtseinsbildung der Betreuten einzuwirken und sie dadurch – eventuell unter Einsatz therapeutisch aufgemotzter Strategien – zu manipulieren (vgl. Lasch 1978: 182).

Wie wir gesehen haben, ist es alles andere als einfach, die Zwangsmechanismen der Arbeitsmarktpolitik zu analysieren. Dennoch hat sich in ziemlicher Deutlichkeit herausgestellt, daß workfare und Aktivierung Teil jener gesellschaftlichen Entwicklungen bilden, durch die sich in unseren Gesellschaften immer tiefere Gräben auftun. Wie ist es möglich, daß in der allgemeinen Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt bleibt, welch katastrophale Szenarios auf diese Weise vorbereitet werden? Wie ist es möglich, daß die Eliten – darunter die Chefideologen von EU und OECD – gegenüber diesen Entwicklungen blind zu sein scheinen?

8. Aspekte der elitären Blindheit

Die sich vertiefenden Ungleichheiten unserer Gesellschaft und die Zuwanderung stellen gewaltige Verschiebungen der Grundstruktur der europäischen Gesellschaften dar, die Berge von Problemen aufwerfen. Das Zusammentreffen der beiden Bewegungen ist nicht gänzlich zufällig, sorgt aber jedenfalls für eine äußerst brisante politische Konstellation, die man mit einer Politik des Straßentheaters nicht entschärfen können wird. Auch die schlichte Sentimentalität kann sich in dieser komplexen und extrem konfliktträchtigen Situationen vermutlich nur als kontraproduktiv erweisen. Allgemein sollten zynische und blasierte Reaktionen auf die moderne Malaise von naiven Konzeptionen unterschieden werden. Es ist naiv zu glauben, daß die Aufblähung des Arbeitskräftepotentials keine Konsequenzen für die Arbeitsmarktsituation der marginalen Arbeitskräfte hätte; und die neoliberale Parole „Make them suffer!“ ist unverhüllt zynisch: Meiner Auffassung nach erschöpfen sich die Reaktionen auf die Wandlungen und Spaltungen der Arbeitswelt in diesen Haltungen – was den fehlenden Widerstand gegen die skizzierten Entwicklungen eventuell erklären könnte. Da mir allerdings die Offenheit der „aufgeklärten“ und tugendhaften Jugend wesentlich sympathischer ist, als die meisten anderen Positionen, die in diesem Zusammenhang vertreten werden, könnte es sich lohnen, nach einem Weg zu suchen, wie diese sympathische Offenheit mit der Einsicht vereinbart werden könnte, daß die internationale Migration den Zielen der Unternehmen nützt und den schwächsten Mitgliedern der entwickelten Gesellschaften schadet. Meine Vermutung dazu sieht folgendermaßen aus: Es gibt ein Gegenstück zur unsichtbaren Hand der liberalen Tradition, wo Leute ihr Eigeninteresse verfolgen und dabei das Gemeinwohl hervorbringen. Dieses Gegenstück möchte ich wie folgt charakterisieren: Es ist anzunehmen, daß es Personen gibt, die aus reinem Herzen und ohne Hintergedanken z.B. die Unbehausten behausen, die sich aber selbst

dabei nützen, ohne das beabsichtigt zu haben, die also ihr Eigeninteresse verfolgen, ohne es zu wissen. Dazu gehört natürlich ein Ausmaß an „Blindheit“. Allgemein haben wir es hier mit dem komplexen Ineinanderspiel des Intentionalen und des Moralischen zu tun, weshalb wir in diesem Zusammenhang eventuell auf die Kategorie des „moralischen Glücks“ verwiesen werden (vgl. hierzu Williams 1981); andererseits könnte man das Handeln der ausländerfreundlichen Eliten genauso gut auch als „moralisches Pech“ bezeichnen. Pech haben die Eliten insofern, als ihre Angehörigen nicht nur den höchsten materiellen Lebensstandard suchen, sondern auch vor sich selbst und vor anderen als hochmoralisch dastehen wollen. Die Gierigen wollen *alles*, das Geld, das Prestige, die Sicherheit, und das gute Gewissen noch dazu. Daher könnte ein Teil der Blindheit auch auf Selbstblendung zurückzuführen sein: Auf anderem Wege scheint nur schwer verständlich, wie die Passivität gegenüber einer Politik, die ganz unübersehbar die schwächsten Gesellschaftsmitglieder ausbeutet und – unter anderem durch *workfare* – schikaniert, mit den Gesticulationen der politischen Korrektheit vereinbart werden könnte. Gegenüber den USA, wo kein Film mehr gedreht werden kann, der auf das Klischee einer schwarzen Frau in der Rolle der Gerichtsvorsitzenden verzichten könnte, und wo gleichzeitig *Aid to Families with Dependent Children* 1996 ersatzlos gestrichen wurde, um vor allem schwarze Alleinerzieherinnen zu „aktivieren“, ist da der Verdacht der Heuchelei nur schwerlich abweisbar.

Eine toleranter und aufgeschlossener gewordene Jugend sollte man von diesem Verdacht ausnehmen. Diese ist allerdings häufig naiv und von jener Unschuld, die vor den oft schmerzlichen Erfahrungen der späteren Lebensabschnitte kommt. Die Offenheit und Arglosigkeit sind schöne Wesenszüge, die allerdings die Sozialisation in die „wirkliche Welt“ nicht so ohne weiteres überstehen können. Während Smith – wie die Puritaner vor ihm – behauptet, das Handeln der ordentlichen Kaufleute sei doppelt gelungen, nimmt die vorliegende Analyse dem Handeln der jugendlichen Optimisten etwas weg. Dies durch eine Diagnose, die dann ganz folgerichtig nur ungern entgegengenommen wird; wie der Nachweis, im Sozialbereich werde *Macht* ausgeübt, trotz seiner Banalität auf den erbitterten Widerstand der Sozialszene stößt. In einer Zeit der ausufernden Empfindsamkeiten werden Attacken auf das Selbstbild kaum mehr toleriert. Daher ist auch „Aufklärung“ gegenüber den Angehörigen der Sozialszene so unerwünscht wie schwierig; kaum einfacher als gegenüber der Erdöllobby. Zu den aktiven Versuchen der Täuschung und Irreführung tritt dann die Selbsttäuschung als Mechanismus, der einer rationalen und/oder moralischen Praxis im Wege steht. Sehr viel Energie muß in diesen Fällen nicht auf die der Selbsttäuschung zugrundeliegende Definitionsarbeit aufgewendet werden, denn die Komplexität und Unschärfe unserer alltäglichen Begrifflichkeit macht es nur allzu einfach (und verlockend), die „Hörigkeit“ als „Liebe“ auszugeben (oder umgekehrt), und den „Zwang“ als „Hilfe“ (oder umgekehrt).

Literatur⁴

- Cohen, Joshua; Rogers, Joel (1998): Can Egalitarianism Survive Internationalization?, in: Wolfgang Streeck (Hg.), (1998): *Internationale Wirtschaft, Nationale Demokratie*, Frankfurt/Main, 175-193.
- Cyert, R/March, J. G. (1963): *A Behavioural Theory of the Firm*, Englewood Cliffs.
- Ferge, Zsuzsa (1979): *A Society in the Making. Hungarian Social and Societal Policy 1945-75*, Harmondsworth.
- Finn, Dan (1987): *Training without Jobs: New Deals and Broken Promises*, London.
- Gans, Herbert J.(1992): Über die positiven Funktionen der unwürdigen Armen. Zur Bedeutung der 'underclass' in den USA, in: *Armut im modernen Wohlfahrtsstaat*, herausgegeben von St. Leibfried und Wolfgang Voges, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 32, 48-62.
- Harrison, Bennett (1994): *Lean and Mean. The Changing Landscape of Corporate Power in the Age of Flexibility*, New York.
- Hayek, Friedrich von (1960): *The Constitution of Liberty*, London.
- Hirschman, Albert O. (1974): *Abwanderung und Widerspruch. Reaktionen auf Leistungsabfall bei Unternehmungen, Organisationen und Staaten*, Tübingen.
- Keyssar, Alexander (1986): *Out of Work - The First Century of Unemployment in Massachusetts*, Cambridge.
- Lasch, Christopher (1978): *The Culture of Narcissism. American Life in an Age of Diminishing Expectations*, New York.
- Lasch, Christopher (1995): *Die blinde Elite*, Hamburg.
- Luttwak, Edward (1999): *Turbo-capitalism: Winners and Losers in the Global Economy*, New York.
- Neubourg, Chris de (1988): *Unemployment, Labour Slack and Labour Market Accounting. Theory, Evidence and Policy*, Amsterdam.
- Nozick, Robert (1969): Coercion, in: Morgenbesser, Sidney; Suppes, Patrick; White, Morton (eds.): *Philosophy, Science, and Method*, New York, 440-472.
- Piven, Frances F.; Cloward, Richard A. (1977): *Regulierung der Armut. Die Politik der öffentlichen Wohlfahrt*, Frankfurt/Main.
- Schachner-Blazizek, Peter (1999): Beschäftigungspolitische Zukunftsstrategien, in: Haller, Max; Schachner-Blazizek, Peter (1999) (Hg.): *Beschäftigung in Europa. Ergebnisse eines interdisziplinären Symposiums des Europaforum Steiermark*, Graz, 9-14.
- Scharf, Günter; Kieselbach, Thomas; Klink, Frauke; Schulz, Sun-Ok (1995): Wege in die Wiederbeschäftigung. Empirische Ergebnisse über eine Reintegrationsmaßnahme für Langzeitarbeitslose, in: *WSI Mitteilungen* 12/1995, 785-791.
- Solow, Robert M. (1990): *The Labour Market as a Social Institution*, Cambridge, Massachusetts.
- Spitznagel, Eugen (1989): Zielgruppenorientierung und Eingliederungserfolg bei Allgemeinen Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung (ABM), in: *MittAB* 4/1989, 523-531.
- Taylor, Michael (1982): *Community, Anarchy and Liberty*, Cambridge.
- van Parijs, Philippe (1995): *Real Freedom for All: What (if anything) can justify capitalism?*, Oxford.
- Williams, Bernard (1981): Moral Luck, in (ders.): *Moral Luck. Philosophical Papers 1973-1980*, Cambridge, 20-29.
- Zilian, Hans Georg; Verhovsek, Johann (1998): *Das Anforderungsprofil von Hilfskräften*. Studie im Auftrag des Instituts für experimentelle Qualifikations- und Arbeitsmarktforschung (IQUA), Schulungszentrum Fohnsdorf. Forschungsbericht, Graz.
- Zilian, Hans Georg; Lassnigg, Lorenz; Wroblewski, Angela (1999): *Arbeitslosenschulung in der flexibilisierten Wirtschaft. Am Beispiel der Evaluierung und der Analyse eines Schulungssystems*, München und Mering.
- Zilian, Hans Georg (2000): Taylorismus der Seele, in: *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 2/2000, 75-97.

4 Für die sorgfältige Lektüre und stimulierende Kritik des Papers danke ich Gregor Zwim, Cambridge (England).